



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⊙: Nochmals die Reform des Reichstagswahlrechts

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nochmals die Reform des Reichstagswahlrechts



er Aufsatz von D. Bähr in Nr. 22 der Grenzboten über die Änderung des Reichstagswahlsystems wird bei vielen Lesern großes Interesse erregt haben. Die Reformbedürftigkeit des jetzigen Systems ist nicht zu verkennen. Den Vorschlägen Bährs vermag ich jedoch nicht beizustimmen. Sie gipfeln darin, daß man künftig nicht so sehr Personen als Parteien wählen soll. Auf jedem Stimmzettel soll bei Vermeidung der Ungiltigkeit eine Partei angegeben sein. Der Name eines bestimmten Wahlkandidaten kann dazu gesetzt werden. Ferner wird gesetzlich eine gewisse Minimalzahl der Wahlstimmen für das ganze Reich festgesetzt. Der Verfasser schlägt 18000 vor. Erreichen die auf den Namen eines Kandidaten in einem bestimmten Wahlkreise abgegebenen Stimmen diese Zahl, so ist der betreffende gewählt. Alle Wahlzettel dagegen ohne den Namen eines bestimmten Kandidaten, also nur mit der Parteibezeichnung, für die der Wähler abgestimmt haben will, sowie ferner anscheinend auch alle Wahlzettel, die auf eine gewählte Person lauten und die Zahl 18000 übersteigen, werden im ganzen Reich parteienweise zusammengezählt, ihre Summe durch 18000 dividirt, und die Partei erhält dann soviel Reichstagsitze, wie der Quotient beträgt, zur Verfügung, die sie beliebig besetzen kann. Wenn also z. B. in neun Wahlkreisen für eine Partei je 20000 Stimmen abgegeben wären, von denen je 18000 auf bestimmte Personen fielen, so würden erstens neun Abgeordnete dieser Partei endgiltig gewählt sein, und zweitens die Partei das Recht haben, für den Überschuß von 9×2000 Stimmen noch einen zehnten Abgeordneten beliebig zu ernennen.

Damit wäre allerdings erreicht, wonach der Verfasser, und an sich mit Recht, verlangt: die brutale Unterdrückung der Minderheiten, die eine unvermeidliche Folge unsers jetzigen Systems ist, wäre beseitigt. Wenigstens kämen

den Parteien alle Stimmen zu gut, die im ganzen Reich für sie abgegeben worden wären. Während jetzt in Wahlkreisen, wo ausgesprochne Mehrheiten herrschen, die Angehörigen der Minderheit sich gar nicht um die Wahlurne kümmern, würde dann jede Stimme zählen, also eine bedeutende Zunahme der Wahlbeteiligung zu erwarten sein, wenigstens soweit die Wähler bestimmten Parteien angehören. Aber nun die Rehrseite der Medaille. Der Verfasser hat offenbar selbst durchgeföhlt, daß ein solches Wahlsystem den Reichstag völlig in die Hände der untern Klassen, des Proletariats, liefern würde. Deswegen führt er selbst ein Korrektiv seines Vorschlags ein: er will, daß die Stimmen oder die Stimmeninhaber fortan nach Sapiehas Vorschlag gewogen, nicht bloß gezählt werden sollen. Mit andern Worten: er will den Angehörigen der höhern Klassen mehr als eine Stimme verleihen. Damit hofft er das Gleichgewicht im Reichstag zu erhalten. Wenn die Angehörigen der höhern Klassen, die vielleicht ein Zehntel der Gesamtbevölkerung bilden, im Durchschnitt auf den Kopf zehn Stimmen erhalten, so würden es allerdings die Proletariemassen nie zu einer Mehrheit im Reichstage bringen können.

Es ist klar, daß auf diese Art die Zahl der Reichstagsitze veränderlich sein würde. Den Ausführungen Bährs, daß dies kein Unglück wäre, trete ich vollständig bei. Ebenso gebe ich ihm Recht, wenn er sagt, daß die Stichwahlen mit ihren ungesunden Wahlbündnissen alsdann mit einem Schlage beseitigt sein würden, und daß die Vertretung der Parteien im Reichstage möglichst ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Dennoch ist der Vorschlag unannehmbar. Er geht von vornherein davon aus, daß das erwähnte Korrektiv zugleich mit eingeföhrt wird. Die Verleihung von mehreren Stimmen an die Angehörigen höherer Klassen bedeutet aber thatsächlich weiter nichts als eine Klassenwahl, und zwar eine Klassenwahl der schlimmsten Art. Die politischen Parteien würden sich in Interessentenkreise auflösen, und zwar solcher Interessenten, die nicht an eine bestimmte Örtlichkeit gebunden sind, d. h. Interessenten des mobilen Kapitals. Das einzige, wonach die Verleihung von mehreren Stimmen an eine einzige Person bemessen werden darf, ist ja nach Bähr der Reichtum. Der Millionär soll vielleicht tausende von Stimmen erhalten und so die Proletarier niederstimmen können. Reichtum und mobiles Kapital sind in unsrer Zeit ziemlich dasselbe. Das Bährsche System würde also zweifellos in der Physiognomie der Mitglieder des Reichstags bald eine sehr auffallende und unerwünschte Änderung hervorbringen.

Eine Verteilung der Reichstagsitze durch die Parteileitung würde aber auch jedenfalls für diese Sitze ein persönliches Verhältnis des Abgeordneten zu seinen Wählern ausschließen. Bei dem jetzigen System spielt, vielleicht mit Ausschluß der Sozialdemokratie, die Persönlichkeit der Kandidaten noch eine entscheidende Rolle. Die Parteileitung hat stets die größte Vorsicht anzuwenden, selbst wenn sie in sichern Wahlkreisen einen bestimmten Kan-

didaten in Vorschlag bringt. Die Wahl ist ein starkes persönliches Vertrauenszeugnis. Bei dem Bährschen System hätte die Parteileitung ein viel geringeres Interesse an vorsichtiger Auswahl der Kandidaten. Die einzelnen Wahlkreise würden aber ohne die nachhaltige Hilfe der Partei viel schwerer dazu kommen, geeignete Persönlichkeiten aufzustellen. Nach wenigen Wahlen würde die Zahl der Wahlzettel, die neben der Parteibezeichnung noch eine bestimmte Person aufführen, auf eine verschwindende Zahl herabgesunken sein. Ich bin der Ansicht, daß die Wahlen dadurch völlig in Mißkredit kommen würden. Bähr überfieht die starke ethischsoziale Seite, die in der Vertretung eines territorial abgegrenzten Wahlkreises liegt. Der Begriff des Gesamt Vaterlandes ist der großen Masse des Volkes viel zu nebelhaft. Die Bevölkerung jedes Bezirks erwartet mit Bestimmtheit in ihrem Abgeordneten einen Anwalt für ihre besondern Anliegen mit zu finden. Andererseits ist ein Abgeordneter ohne Wahlkreis noch viel „wesensloser“ als ein Minister ohne Portefeuille. Gerade aus dem Verkehr mit seinen Wählern muß er stets und fortwährend für seine parlamentarische Thätigkeit neue Anregung zu gewinnen suchen. Nur bei den Sozialdemokraten ist schon jetzt die Persönlichkeit des Kandidaten Nebensache. Gegen Bismarck der „Genosse“ Schmalefeld — das ist das Zeichen der reinen Parteiwahlen. Gott bewahre uns davor! Außer seiner eignen werten Stimme würde der brave Herr Schmalefeld mutmaßlich keine einzige bekommen haben, wenn er nicht Sozialdemokrat gewesen wäre. Zur Zeit gehört wahrscheinlich der größere Teil der Reichswähler mit Bestimmtheit noch keiner Partei an. Die Millionen Wahlzettel, die eine Partei aufweist, werden längst nicht von ebensoviele Parteiangehörigen abgegeben. Bährs System würde auf jeden einen ungeheuern Druck ausüben, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden. Ist es glaublich, daß der gemeine Mann dies ohne weiteres kann, und — wenn ers allmählich lernen könnte — daß es ein Glück für ihn und das Land wäre? Gerade in unsrer Zeit fühlt man stärker denn je, daß sich die bestehenden Parteien überlebt haben, daß ihre Programme fadenscheinig, unhaltbar, reformbedürftig sind. Wie will man es nun möglich machen, der großen Masse des Volkes Interesse für die Einzelheiten dieser schwankenden Erscheinungen beizubringen? Weiter als bis zu gewissen allgemeinen Vorstellungen über die Parteiziele dringt die Masse nie vor. Der größte Teil der Anhänger der Sozialdemokratie hofft mit dem Siege der Grundsätze ihrer Partei auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage. Hunderttausende von Zentrumsstimmen werden abgegeben, weil man den Leuten glaubhaft gemacht hat, daß ihnen der Staat ihre Religion nehmen wolle. In den nächsten Jahren werden hunderttausende von Angehörigen des Mittelstandes für antisemitische Kandidaten stimmen, weil sie glauben, wenn nur erst der Jude beseitigt wäre, sei sofort das goldne Zeitalter da. Hat es denn einen so großen politischen Wert, solche allgemeine Nebelvorstellungen der großen

Masse fast zur ausschließlichen Grundlage der Verteilung der Reichstagsplätze zu machen?

Was uns in dem jetzigen System besonders widerstrebt, ist der Umstand, daß oft große Bruchteile der Bevölkerung eines Wahlkreises, die von Rechts wegen bei den Reichstagswahlen ein Wort mitzusprechen haben sollten, zur unbedingten Unthätigkeit verurteilt sind, und zwar oft einer Mehrheit gegenüber, die nur wenig stärker ist als sie. In den Großstädten bringen es die Kandidaten des Bürgertums und Mittelstandes den Zahlen der Sozialdemokraten gegenüber noch zu sehr ansehnlichen Minderheiten. Es erscheint absurd, daß die rohen, despotisch geleiteten Massen, die ihren Führern blindlings folgen, deren Angehörigen wie den Mitglieder eines Ameisenstaats jedes Individuelle abgeht, daß diese Nullen mit einer Eins davor einen Teil ihrer Mitbürger, und zwar einen, der ihnen nicht bloß an Mitteln, Geist, Kenntnissen, sondern auch an Patriotismus und Bürgertugenden weit überlegen zu sein pflegt, bei den Reichstagswahlen vollkommen kalt stellen können. Unsere Hauptstadt und unsere Seehäfen vertreten mit ihren Interessen, die Häfen z. B. mit dem Seehandel, auch Interessen der gesamten Nation. Einen Ausdruck dafür finden sie zur Zeit im Reichstage nicht, ihre Abgeordneten werden eher geneigt sein, gegen diese Interessen zu wirken.

Aber dies Mißverhältnis kann beseitigt werden, ohne den Wahlen den Charakter von reinen Parteiwahlen zu geben und die örtlichen Beziehungen ganz zu verwischen. Meine Vorschläge, die ich in Privatkreisen schon wiederholt vorgebracht habe, ohne daß mir durchschlagende Gegengründe gebracht worden wären, haben mit denen Bährs viel Verwandtes. Sie laufen darauf hinaus, daß allerdings wie bisher nach Wahlkreisen gewählt wird und jeder Wähler eine Stimme hat, ferner, daß die absolute Mehrheit entscheidet, aber — nicht allein, sondern neben ihr auch die Thatsache, daß ein Kandidat in dem betreffenden Wahlkreise eine bestimmte Zahl von Stimmen mindestens auf sich vereinigt hat. Diese Stimmenzahl wäre gesetzlich festzustellen. Man dürfte nicht, wie es Bähr thut, einen allgemeinen Durchschnitt (18000 Stimmen), sondern man müßte einen Prozentsatz der Stimmenzahl aller Wahlberechtigten eines Kreises nehmen, etwa ein Drittel, sonst würde in den meisten Wahlkreisen die Sache ganz beim alten bleiben. Hat also ein Kandidat die absolute Mehrheit, so ist er gewählt, hat neben ihm ein zweiter ein Drittel aller Stimmen, so ist er ebenfalls gewählt, und der Kreis hat dann zwei Abgeordnete. Hat einer die absolute, alle übrigen zusammen aber ein Drittel der Gesamtstimmenzahl, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, die die meisten Stimmen von den übrigen erhalten haben. Hat keiner im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit oder ein Drittel aller Stimmen, so tritt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen ein. Hier aber würden wieder beide gewählt sein, wenn einer die absolute Mehrheit hat und der andre

mindestens ein Drittel aller Stimmen. Hat einer im ersten Wahlgange absolute Mehrheit und die übrigen zusammen weniger als ein Drittel, so ist nur der erstere gewählt, und der Kreis bleibt nur durch einen Abgeordneten vertreten. Hier einige Beispiele: 1. Ein Wahlkreis hat 30000 Wähler. Es wählen 28000. A erhält 14001 Stimme, B 10000. Dann sind A und B gewählt, also zwei. Ein dritter ist mathematisch unmöglich. 2. A erhält 14001, B 9000, C 4999. Dann käme es zwischen B und C zur Stichwahl, wobei nur absolute Mehrheit entschiebe. 3. A erhält 9000, B 8000, C 7000, D 4000 Stimmen. Dabei käme es zur Stichwahl zwischen A und B, wobei aber, wenn A absolute Mehrheit erhält und B ein Drittel aller Stimmen, beide gewählt sein können.

Nach meiner Ansicht würden zwei Abgeordnete für einen Kreis unter allen Umständen genügen. Sie würden nach vorstehendem Verfahren zwar nicht die Stimmen aller, aber doch die von mindestens vier Fünfteln aller Wähler vertreten. Einer in einem Kreise vorhandnen starken Minderheit würde also jedenfalls die Möglichkeit einer Vertretung im Reichstag offen gehalten werden. Daß es nur darauf ankommen kann, eine wirklich starke Minderheit vor dem Schicksal zu schützen, durch Majorisirung mundtot gemacht zu werden, brauche ich wohl nicht zu erörtern.

Stichwahlen sind nach meinem Vorschlag allerdings nicht zu vermeiden, aber sie werden das Schädliche verlieren, das ihnen jetzt innewohnt: die Entstellung der wirklichen Willensmeinung der Wähler durch ungesunde Wahlbündnisse. Zu solchen wird dann in viel geringerem Grade Veranlassung sein, und sie werden nicht dazu führen können, eine Partei, die vielleicht relativ die stärkste im Kreise ist, trotzdem ganz zu beseitigen. Denn diese braucht eben nicht notwendig die absolute Mehrheit zu erreichen. Es genügt, wenn sie ein Drittel aller Stimmen erhält.

Ein Drittel mag übrigens ein reichlich hochgegriffener Prozentsatz sein. Im ganzen stimmen vielleicht siebenzig Prozent aller Wähler, also ist die absolute Mehrheit schon nicht viel mehr als ein Drittel der Gesamtzahl. Man könnte vielleicht ein Viertel als den niedrigsten Satz einführen. Wenn dann siebenzig Prozent gestimmt haben, so würden die beiden gewählten Abgeordneten also mindestens sechzig Prozent der Gesamtstimmenzahl und sechs Siebentel der Abstimmenden vertreten. Ich glaube nicht, daß sich dann noch jemand mit Recht über thatsächliche Entziehung des Wahlrechts beklagen könnte.

Man wird mir vielleicht einwerfen, daß dadurch den Wählern, deren Kandidat im ersten Wahlgange, weil er die absolute Mehrheit oder den gesetzlichen Prozentsatz von einem Viertel bis einem Drittel erreicht hat, gewählt ist, ein doppeltes Wahlrecht eingeräumt würde. Denn bei der Stichwahl können sie, falls eine solche erforderlich wäre, wieder mitstimmen. Aber man bedenke, daß sie natürlich bei der Stichwahl an die Kandidaten der Gegenparteien ge-

bunden sind, also in den meisten Fällen sowieso keine Veranlassung haben werden, mitzustimmen. Stimmen sie aber doch ab, so werfen sie dasselbe Gewicht in die Wage, das sie bei unserm jetzigen System auch hineinwerfen. Sie bringen in demselben Maße einen Kandidaten der andern Parteien zum Siege, wie sie es jetzt in den Fällen, wo ihre Partei die absolute Mehrheit nicht hat, auch thun, ohne aber dabei gleichzeitig persönlich ganz überstimmt und kaltgestellt zu werden. Das doppelte Wahlrecht der stärkern Partei bei Stichwahlen ist also gegen die übrigen Parteien keine Ungerechtigkeit.

Daß die Zahl der Abgeordneten durch dieses System veränderlich gemacht wird, ist nicht zu leugnen. Es können dadurch vierzig bis fünfzig Abgeordnete über die bisherige Zahl hinaus gewählt werden. Mehr wohl nicht, denn bei den meisten, besonders den ländlichen Wahlkreisen spielen die Minderheiten überhaupt keine Rolle. Ich bin, wie gesagt, mit Bähr vollständig derselben Meinung, daß eine Unveränderlichkeit der Zahl der Abgeordneten weder aus politischen, noch aus gesetzgeberischen Gründen geboten ist.

○



Der Untergang der alten Welt

(Schluß)



Es war eine weise Selbstbeschränkung, wenn die Römer auf eine Romanisirung des höher stehenden griechischen Ostens von Anfang an und grundsätzlich verzichteten. Sie hatten eine sehr geringe Achtung vor dem griechischen Staatsleben ihrer Zeit, aber für die große Vergangenheit und das Geistesleben der Griechen empfanden sie ungeheuchelte Bewundrung. Der römische Staat verzichtete im Osten sogar darauf, ausschließlich lateinisch zu reden, er sprach griechisch. Daher blieb auch der römische Einfluß auf den griechischen Osten sehr beschränkt. Es gab dort allerdings in der Kaiserzeit ein paar römische Kolonialstädte (Korinth und Paträ), zahlreiche und starke Gemeinden römischer Bürger in allen größern Handelsplätzen; einige Studienjahre in Athen oder Rhodos galten dem gebildeten jungen Römer als selbstverständlich, in Syrien und Agypten standen römische Legionen, und manche römische Sitten und Ansitten, wie die blutigen Gladiatorenspiele, wurden in die griechischen Städte eingeschleppt, ohne übrigens die Griechen selbst sehr zu berühren. Die Griechen lehnten das römische Wesen immer ab; selten lernte einer lateinisch, und selten trat einer in den Reichsdienst, der natürlich die Kenntniss dieser Sprache voraussetzte.